



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol  
Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck  
Tel: 0800/22 55 22, Fax: 0512/53 40-1459  
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

Bundesarbeitskammer  
Prinz-Eugen-Straße 20-22  
1040 Wien

G.-Zl.: WP-IN-2019/1874/DORI/DOKN Bei Rückfragen Dr. Rief  
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Klappe 1455 Innsbruck, 29.04.2019

**Betrifft:** Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Schaffung eines Amtes für Betrugsbekämpfung und das Bundesgesetz über die personellen Maßnahmen aufgrund der Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung erlassen wird, das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010 aufgehoben wird und die Bundesabgabenordnung, die Abgabenexekutionsordnung, ua geändert werden

**Bezug:** Ihr Mail vom 16.04.2019  
zust. Referentin: Vanessa Mühlböck

Sehr geehrte Frau Mag.<sup>a</sup> Mühlböck,

mit dem vorgelegten Entwurf will die Bundesregierung statt der bisherigen Finanzverwaltung zukünftig fünf Ämter, nämlich das Finanzamt Österreich, das Zollamt Österreich, das Finanzamt für Großbetriebe, das Amt für Betrugsbekämpfung und den Prüfdienst für lohnabhängige Abgaben und Beiträge mit jeweils bundesweiter Zuständigkeit schaffen.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol erhebt gegen die inhaltliche Bündelung von Kompetenzen der Finanzstrafbehörde, der Finanzpolizei, der Steuerfahndung und der Zentralstelle internationale Zusammenarbeit beim neu zu schaffenden Amt für Betrugsbekämpfung keinen Einwand, da in diesen Bereichen ein eindeutiger inhaltlicher Zusammenhang besteht, welcher durchaus zu Synergieeffekten und Effizienzsteigerungen in der Betrugsbekämpfung führen kann. Es ist uns jedoch wichtig zu betonen, dass dieses neue Amt auch personell entsprechend ausgestattet werden muss, um seine Aufgaben im Dienste der Steuerzahler\*innen in allen Bundesländern angemessen erfüllen zu können.

Hingegen möchten wir uns klar gegen die geplante Zentralisierung der bisher 40 Finanz- und neun Zollämter aussprechen. Diese führt mittelfristig zu einem Abbau hochqualifizierter und gut bezahlter Arbeitsplätze in den Regionen sowie zu einem damit verbundenen Kaufkraftverlust im ländlichen Raum und einer Verstärkung der Abwanderungsbewegungen in Richtung der Bundeshauptstadt Wien. Um diesen Auswirkungen entgegen zu treten fordert die AK Tirol für den Fall der Einführung dieser neuen Struktur, dass die Zentralen dieser österreichweit zuständigen Ämter im Sinne einer längst überfälligen Regionalisierungsoffensive auf diverse Bundesländer verteilt werden und auch in Tirol eines dieser Ämter seinen Hauptsitz haben wird.

Mit dem höflichen Ersuchen um Berücksichtigung unserer Einwände und Anregungen verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



(Erwin Zangerl)

Der Direktor:



(Mag. Gerhard Pirchner)